

UL-Haushaltsrede 2017/2018 - gehalten am 2.Mai 2017 (es gilt das gesprochene Wort)

Die Entscheidung unserer Fraktion zu Haushaltssatzung und Haushaltsplan für 2017 und 2018 muss sich daran orientieren, wie die **uns wichtigen Politikfelder** im Haushalt Berücksichtigung finden. Da die drei Listen unserer Fraktionsgemeinschaft teilweise unterschiedliche Schwerpunkte haben, haben wir die Haushaltsrede zwischen uns aufgeteilt.

Wir konnten bei diesen Haushaltsberatungen bisher nur für wenige unserer Anträge eine Mehrheit finden. Dies gilt sowohl zum einen für die **Anträge zur Verbesserung der Einnahmesituation**, hier nenne ich die 1.000.000 € jährlich zusätzlich an die FWTM zur Tourismusförderung, die wir ab 2018 zu Gunsten des Haushalts streichen wollten, und den Antrag auf Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 440 Punkte, was jährlich rund 4 Mio. € mehr eingebracht hätte als die beschlossene Erhöhung um 10 Punkte. Dies gilt leider auch für viele unserer 78 Anträge für **Zuschüsse** an Freiburger Institutionen aus den Bereichen **Kultur, Soziales, Migration und Inklusion, für Frauen, Kinder und Jugendliche**. Sehr gefreut hat uns, dass wir mit Anträgen zur Unterstützung von schwere(s)Los, Wildwasser und Wendepunkt, Friga und FHG Tagesstätte für psychisch kranke Menschen sowie für Kulturaggregat und Kunst im Faulerbad erfolgreich waren.

Unsere Anträge zur Quartiersarbeit waren aussichtslos, weil eine Mehrheit des GR vor kurzem bereits OB Salomons Willen vollzogen und sie eingeschränkt hat, obgleich es doch auf der Hand liegt, dass sie für den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen unabdingbar ist.

Ausgesprochen erfreulich ist, dass es nun in der dritten Lesung unter anderem gelingt, Maßnahmen zur Umsetzung des **Aktionsplans inklusives Freiburg** mit einem Topf von jeweils 500.000 € pro Jahr zwar bei weitem nicht ausreichend, aber doch etwas besser als im Haushaltsentwurf vorgesehen, zu ermöglichen. Dasselbe gilt für den **Bauunterhalt** an städtischen Gebäuden, Straßen und Brücken, der bei entsprechender Einnahmeentwicklung zumindest wieder auf das Niveau der Vorjahre gebracht werden kann.

**Eine Katastrophe ist die Mietpreisentwicklung** in Freiburg. Neue Mieter haben nahezu keine Chance, eine bezahlbare Wohnung zu finden, Altm Mieter müssen

einen immer größeren Teil ihres Einkommens oder ihrer Rente für die Miete verausgaben. Dringend benötigte Mietwohnungen werden wie beispielsweise in der Feldbergstraße von einem privaten Bauträger oder in der Bugginger Straße von der Stadtbau in Eigentumswohnungen umgewandelt und damit die Altmieter weitgehend verdrängt. Wohnungen der Stadtbau, insbesondere die früheren Wohnungen der Stadt, wie beispielsweise in der Blauenstraße oder der Drei Ährenstraße sind in einem teilweise katastrophalen Zustand, mietpreisneutrale Instandsetzungen werden nicht oder nur wenn absolut unumgänglich durchgeführt. Die Stadtbau selbst benennt diesen Missstand und erklärt, dass es durch eine Erhöhung der Eigenkapitaldecke besser möglich wäre, hier aktiv zu werden. Doch der OB und die Gemeinderatsmehrheit ihm folgend widersetzt sich den hier vorliegenden Anträgen auf **Erhöhung der Eigenkapitaldecke der Stadtbau um 5 Millionen** mit dem Argument, dass es doch keinen Sinn mache, dass die Stadt Geld aufnehme um es der Stadtbau zu geben. Bei einem insgesamt negativen Gesamthaushalt, der nur durch eine Kreditaufnahme finanziert werden kann, kann dieses Argument aber für jede ausgabenerhöhende Maßnahme ins Feld geführt werden. Tatsächlich würden diese 5 Millionen genauso aus dem Haushalt entnommen wie die 1 Million zusätzlich an die FWTM für touristische Zwecke. Und da die Stadt für Kredite nahezu keine zusätzliche Zinslast tragen muss, wäre dies auch ausgesprochen sinnvoll.

Angesichts der Mietentwicklung in Freiburg in den letzten Jahren ist es unerträglich, dass jetzt erneut bis zu 15 % aller Mieten von der Stadtbau für insgesamt 1.800 Wohnungen erhöht werden, was bei vielen Menschen in Freiburg zu einer spürbaren weiteren Verschlechterung des Realeinkommens führen wird. Dies betrifft zum einen Mieter, deren Wohnungen bereits aus der Mietpreisbindung herausgefallen sind oder nie drin waren, zum anderen aber auch über die Auswirkungen auf den Mietspiegel alle Mieter in der Stadt und insbesondere auch alle Sozialmieter, weil deren um 30% ermäßigte Miete ausgehend vom Mietspiegel berechnet wird. Das Ganze ist also eine wirkliche Mietpreistreiberei und in der gegebenen angespannten Wohnungslage in Freiburg ein Skandal. Wie auch zunehmend das Bauträgersgeschäft der Stadtbau, das nicht zu den Kernaufgaben eines kommunalen Wohnungsbauunternehmens zur Bereitstellung von preisgünstigen Wohnraum gehört.

Das **Handlungsprogramm Wohnen hat bisher nicht gegriffen**. Und man wird der Sache auch nicht dadurch gerecht, dass man immer nur die Notwendigkeit

von Neubaumaßnahmen betont. Damit kann immer nur vorübergehend eine gewisse Entlastung geschaffen werden, entscheidend ist, wie die Stadt mit dem gewachsenen Wohnungsbestand umgeht. Das kann man nicht einfach an die Stadtbau abschieben, sondern muss diese dabei unterstützen, dämpfend auf das Mietpreisniveau einzuwirken. Eine solche Vorgabe fehlt ganz im Gegenteil für die Arbeit der Stadtbau. Unausweichlich ist, dass die Beschlüsse aus den neunziger Jahren von Stadtbau und Gemeinderat zur Erhöhung von Stadtbau-mieten auf Mietspiegelniveau aufgehoben werden, und die **Mieten der Stadtbau zunächst für einen Zeitraum von 5 Jahren eingefroren** werden.

Ebenso unausweichlich ist es, die **Schlupflöcher für Bauträger** hinsichtlich der Bereitstellung von Sozialwohnungen zu **schließen**. Es kann nicht angehen, dass Genossenschaften, Baugruppen und Mietshäusersyndikat 50 % öffentlich geförderten und gebundenen Wohnraum im Neubau bereitstellen, Bauträger aber sich mit der 10 % Abfindungsregelung wie im Neubaugebiet Haslach /Kronenmühlenbach billig freikaufen. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens des Gemeinderats.

Angesichts der knappen Kassen und der allgemeinen Sorge um den nur mühsam ausgeglichenen Ergebnishaushalt musste es denn doch verwundern, wie schnell OB, Erster Bürgermeister und eine Gemeinderatsmehrheit bereit waren, bis zu 2.000.000 € jährlich auszugeben für den **Einstieg in eine Stadtpolizei** mit allen Befugnissen der Vollzugspolizei, allerdings ohne entsprechende Ausbildung, mit völlig unklarem Aufgabenkatalog. Und gleichzeitig gibt es für Prävention seit langem keine Aufstockung um nur eine halbe Streetworker Stelle für den Stühlinger Kirchplatz, wohl auch heute keine Mehrheit. \_\_Stattdessen wird in der Innenstadt die Videoüberwachung in öffentlichen Räumen eingeführt, teuer, personalintensiv und im Hinblick auf die Verhinderung von Gewaltkriminalität nutzlos.

Antisemitische Schmierereien auf dem Gurs Mahnmal an der Blauen Brücke, Hakenkreuze am Islamischen Zentrum an der Hugstetterstraße, vor wenigen Tagen ein Brandanschlag auf die Moschee in Weil a. Rhein: gute Gründe dafür, dass wir in den Haushaltsberatungen 50.000 € für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt und von Vereinen, Schulen usw. gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit beantragt und nur deshalb zurückgenommen haben, weil die Stadt diesen Betrag für die nächsten 2 Jahre aus einem Topf des Bundes erhält. Gute Integrationsarbeit ist die eine Sache, die **offene Auseinander-**

**setzung mit jeder Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** - wie Nazi-Angriffen auf Moscheen - die andere.

Der **Stadtpolitik**, die sich im Haushalt widerspiegelt, fehlen nach wie vor langfristige Zielvorgaben ganz zu schweigen von Visionen wie kostenlose Kita und Schulkind Betreuung, kostenloser ÖPNV, Wohnungsbau wie in Wien (60 % aller Wohnungen städtisch und genossenschaftlich). Die größte Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird es sein, um ein Freiburg zu kämpfen, das auch Platz hat für Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Der **Kampf für ein sozial gerechteres Freiburg** steht noch am Anfang. Denn eine kommunalpolitische Hauptaufgabe heute und in Zukunft wird es sein, den **gesellschaftlichen, ja den kulturellen und sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken und zu verbessern**.

(Michael Moos)

Dieses Ziel vor Augen, bewerten wir die Beschlüsse über die uns vorliegenden roten Drucksachen als absolute Basics. Sie sind aus unserer Sicht kein großer Wurf, sondern ermöglichen nur das Notwendigste, selbst wenn darunter auch sogenannte freiwillige Leistungen sind. So wird der weitere Ausbau der Schulkind-Betreuung um zwei Jahre geschoben, weil der bisherige Ausbau teurer als prognostiziert ist. An den beruflichen Schulen wird es zwar von nun an überall Jugendsozialarbeit geben, aber angesichts dessen, dass mit den vielen Neuzugängen jugendlicher Geflüchteter ohne Deutschkenntnisse und mit sehr heterogener schulischer Vorbildung eine berufliche Perspektive entwickelt werden muss, ist das Nötigste nicht genug. Das Gleiche gilt für die frühen Hilfen. Auch in dieser Drucksache ist bei weitem nicht berücksichtigt, was nötig wäre, um allen Kleinkindern aus instabilen und schwierigen Lebensverhältnissen, im Vergleich zur Mehrheit eine beschützte und gesunde Entwicklung zu ermöglichen. Auch die Vorlage zur Integration Kinder und Jugendlicher ist von Defiziten geprägt. Angefangen wiederum bei den Frühen Hilfen für Säuglinge und Eltern in den Flüchtlingswohnheimen, über fehlende Kitaplätze und zu große Schulklassen für den besonderen Förderbedarf geflüchteter Kinder bis hin zu den Zuschüsse für gezielte Maßnahmen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen in der offenen Jugendarbeit, deren bisheriges Budget auf ein Drittel reduziert wird. Natürlich sind wir froh darüber, dass die lange geforderte Beratungsstelle

für die vielen traumatisierten Geflüchteten endlich an den Start gehen kann und wir möchten zu gerne glauben, dass ihre minimalistische personelle Ausstattung wirklich nur der erste Schritt dahin ist, ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Wie sehr es von all diesen Unterstützungsmaßnahmen abhängt, ob Integration gut gelingen kann, brauche ich Ihnen wohl nicht zu erzählen.

Unter diesem Gesichtspunkt, der **positiven Entwicklung der Stadtgesellschaft und der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** bewerten wir auch die zahlreichen Fraktionsanträge. Wir sind eine wachsende und sich verändernde Stadt. Das muss sich auch niederschlagen in der Stärkung der Freiburger Einrichtungen und Institutionen in den von Michael Moos genannten Bereichen, damit eine bedarfsgerechte Arbeit geleistet werden kann. Allen voran möchte ich die **Anträge für Frauen in besonders schweren Lebenslagen** nennen, wie von Frauenhorizonte für vergewaltigte Frauen und von P.I.N.K. für Frauen in der Prostitution und Zwangsprostitution. Anträge wie von Amica für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe, der Freiburger Straßenschule für die zunehmende Anzahl junger wohnungsloser Menschen oder dem Netzwerk Pflegebegleitung zur Entlastung von Angehörigen in der häuslichen Pflege sind - wie viele andere auch - **ein Abbild gesellschaftlicher Entwicklungen, Notwendigkeiten und zunehmendem Bedarf, denen wir als Stadt gerecht werden müssen.**

Aus unserer Sicht sind alle Initiativen und Vorhaben innovativer Art unbedingt zu unterstützen und zu fördern, wenn sie dazu beitragen eine tiefere Spaltung der Stadtgesellschaft zu verhindern bzw. ihr gezielt entgegen zu wirken. In diesem Sinne versprechen wir uns auch wichtige Impulse aus dem Entwurf des Konzepts , wie von Frau Mundel angedacht, indem gemeinsam, in kollektiven Prozessen ein Stadtjubiläum entwickelt und auf die Beine gestellt wird. Wir sehen darin nach wie vor eine große Chance ergänzend zu den alltäglichen Bemühungen und Maßnahmen dazu beizutragen, zwischenmenschliche Barrieren abzubauen und nach dem Mundelschen Motto **Brücken zu bauen**. Es gilt Verbindungen herzustellen zwischen fremden Lebenswelten, z.B. von Kindern aus Herdern und Weingarten, von Jugendlichen aus der Wiehre und aus Landwasser oder zwischen Geflüchteten, jungen Wohnungslosen und Alteingesessenen, zwischen Musiker/innen aus Freiburg und solchen aus aller Welt neu zu Gewanderten. Diese Art Projekte sind es, die helfen, dass die unterschiedlichsten Menschen in der Stadt sich besser kennen und verstehen lernen und eine

sich zu erneuernde Stadtgesellschaft auch zu neuer Identität findet. – Wenn, ja wenn wir den Mut dazu aufbringen, auch in finanzieller Hinsicht, und das Konzept damit eine Chance auf Verwirklichung bekommt.

Insgesamt geht es also nicht um nice to haves, sondern um vorausschauende Investitionen in **gute Zukunftsperspektiven von Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Menschen**, um deren Befähigung zu einem guten Miteinander Leben in unserer Stadt und um deren gesellschaftliche Teilhabe.

(Irene Vogel)

Nach diesen Wochen fällt es mir nicht leicht, über die Kultur und den Haushalt zu sprechen.

**Wozu haben wir eigentlich eine Fach-Verwaltung** (und ich danke explizit der Verwaltung für ihre insgesamt geleistete Arbeit), wenn wir nicht einmal mehr die Bewertungen der Fachämter zu den einzelnen Antragseinheiten bekommen? Das gilt für den Sozialbereich und den Sport genauso. Eine Fachbewertung wäre dringend erforderlich für die folgende Behandlung durch die Gemeinderäte. 8 Fraktionen, die eigentlich 13 Listen sind, verrichten Schwerstarbeit bei über 200 Anträgen. Erst in den Gesprächen mit den Antragstellern /innen und dann in der Diskussion untereinander. Da kommt es neben erfolgreichen Ergebnissen auch leider gelegentlich zu Machtspielchen und Händeleien.

Eine Fraktion fällt dieses Mal aus der ganzen Diskussion um die Anträge heraus, **das ist die CDU**, die antragslos einfach alles ablehnt, um vermeintlich die Haushaltsweste sauber zu halten. Für eine Kulturstadt ist das inakzeptabel.

**Kulturpolitik findet also auf ganzer Linie nicht statt.** Der dreigliedrige Ausbau des Augustinermuseums ersetzt eben nicht kulturellen Leitlinien und Visionen für die ganze Stadt, sofern sie gewünscht sind. Dass jüngst das Marienbad einen teuren Rettungsanker bekommen hat, wohlgerne einen Kredit, ist richtig, wohl aber vielleicht auch eine kleine Schlinge um den Hals, die sich in der weiteren Zukunft noch als wirkliche Rettung erweisen muss. Und wenn das Land argen Druck macht, zieht die Stadt notgedrungen nach, um nicht die städtischen Gelder zu verlieren, wie beim Barockorchester oder dem Ensemble Re-

cherche. Ansonsten macht die Stadt weder durch kulturpolitische Initiativen noch durch künstlerische Eingriffe von sich reden, national hängt man sich weiter ab durch das rigorose Einfrieren einer möglichen Kulturhauptstadtbewerbung oder durch das unfaire Vorgehen beim Stadtjubiläum. Erst am Gemeinderat vorbei bestimmen, wer **das Jubiläum** kuratieren soll, und jetzt ½ Jahre später in der VorOb-Wahlzeit doch den Gemeinderat über das Budget entscheiden lassen und wie es weiter gehen soll. Ein meinungsloser OB und ein mutloser Gemeinderat, für gesamtstädtische Visionen scheint da kein Platz mehr zu sein!

Kunst und Kultur dienen der Stadtverwaltung als Feigenblatt oder als nice to have, und nicht als notwendiges Lebenselixier und Bestandteil, ja Voraussetzung der eigenen Mündigkeit. Wie hat es Prof Wulf, der langjährige Schlagzeugprofessor an der Musikhochschule jüngst bei seiner Verabschiedung gesagt: **„Kunst und Kultur sind nicht die Asche die wir anbeten, sondern die Glut, die wir ausstreuen“**. Dabei ist es gerade die kulturelle Vielfalt und die Kreativität der zahlreichen künstlerischen Initiativen, die den Ruf Freiburgs als junge, etwas verwöhnte, offene, bunte und integrationsfreudige Stadt in die Welt tragen, und die Solarzellen blinken wie Rücklichter inzwischen hinterher! Gerade die Kulturpolitik sollte ein Seismograph der gesellschaftlichen Veränderungen und der aktuellen Herausforderungen sein. Mitnichten in Freiburg, da wird aus dem Bestand und aus der momentanen Situation heraus gehandelt.

Es ist heute fast 10 Jahre her, dass ein **Kulturkonzept** in der Stadt aufgestellt wurde, einige von uns erinnern sich vielleicht noch an die Zeit vor 2010, wo noch Ziele und Handlungsfelder, ja vielleicht sogar Visionen formuliert wurden. Heute Fehlanzeige! Eine Evaluation dieses Konzeptes hat es nie gegeben.

„Aus der Perspektive der Stadt als Gemeinwesen wird deutlich, dass kommunale Kulturpolitik immer auch Bildungspolitik und Sozialpolitik, aber auch Standort-, Tourismus-, Wirtschafts-Integrations- und Stadtentwicklungspolitik ist und somit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung einen zentralen Stellenwert als **Querschnittspolitik** haben sollte“. (Zitat Kulturkonzept Freiburg S.45)

Im Oktober 2016 hat die Vorsitzende der **städtischen Kunstkommission** einen späten Weckruf an die Fraktionen gestartet oder soll ich besser Hilferuf sagen, in dem Sie und Ihre KollegInnen deutliche Worte fanden für die **geringe Wertschätzung, welche speziell die Kunst im öffentlichen Raum in Freiburg noch immer hat**. Sie haben drei Möglichkeiten vorgeschlagen, die Kunst im öffentli-

chen Raum neu zu beleben. Das war für die Haushaltsberatungen zu spät. Lassen Sie uns aber in Ruhe nochmal nachdenken, wie wir das in Zukunft handhaben wollen, z.B.: im neuen Stadtteil Dietenbach, im zweiten Bauabschnitt Rathaus, am Stadion, am Messe-Kopfbau oder auch, wie wir auch mit privaten Bauträgern über dieses Thema sprechen können. Und was die Kunstkommission selbst angeht, ist es den fünf Mitgliedern eigentlich nicht zuzumuten, dass sie wie eine freie Gruppe zu den Fraktionen tingeln müssen, um für ihren Zuschuss bei den Gemeinderäten zu werben. Dazu sind sie eigentlich nicht erwählt.

Ich will nicht näher eingehen auf die unserer Meinung nach fehlgeleitete und rein pragmatisch entschiedene **Brunnendiskussion** um die aufgefundenen **Reste der alten Synagoge**, bei der jetzt, das konnte man ja schon so in der Zeitung lesen, technische Raffinessen eben die eigentliche Gedenkstätte überlagern werden und es eine glatte ästhetisch geformte Lösung geben wird. Oder die **Wiederaufstellung des Siegesdenkmals**, wo wir viel Zeit gehabt hätten, uns eine zeitgemäße Lösung zu überlegen, aber Pragmatik siegt, was bleibt, ist die Frage der Beschriftung. Am liebsten ein kleines „Babber!“ am Sockel und fertig ist die Erklärung. Dazu übrigens ein Antrag von uns, der **die Kunstwerke im öffentlichen Raum** mit neuen Beschreibungen kennzeichnen will, sofern sie überhaupt gekennzeichnet sind. Die mangelnde Instandhaltungssituation kommt das nächste Mal dran, ebenso die personelle **Aufstockung der unteren Denkmalbehörde** durch Fachleute, damit die Arbeit besser und schneller ausgeführt werden kann. Das Ratsstüble lässt grüßen.

Es ist nicht einzusehen, dass wir bei einer sprudelnden **Bettensteuer**, die inzwischen über 3 Millionen in den städtischen Haushalt bringt, nicht einen Anteil für temporäre Projekte wie das Jubiläum oder für gewisse Kulturprojekte abzweigen, ich weiß schon, es geht nicht auf direktem Wege, aber ich denke, die Kultur hat einen erheblichen Anteil am Tourismus und ist eben kein Sekundärmerkmal, wie es sich beim neuen Tourismuskonzept anbahnt. In anderen Städten heißt die Abgabe dann eben auch **Kulturtaxe und nicht Bettensteuer**.

So werden wir auch weiterhin die Anträge stellen, die uns für ein städtisches Gemeinwesen als sinnvoll und richtig **erscheinen im Ausgleich zwischen der kulturellen und der sozialen Stadt**, im Ausgleich zwischen der etablierten und der jungen Stadt, der bewährten und der innovativen Projekte. Wir halten



nichts vom Ausspielen verschiedener Initiativen, auch wenn das vielleicht gerade populär wird.

Wir bitten Sie also jetzt, die von uns strittig gestellten Anträge (46 Anträge insgesamt, davon 19 in der Kultur), sorgsam zu prüfen und diesen zuzustimmen.

(Atai Keller)